

David Robert „Wählen mit p dagogischem Charakter“

Die Pr sidentschafts- und Parlamentswahlen in Tunesien

Am 24. Oktober 1999 wurde Staatspräsident Zine El Abidine Ben Ali zum dritten Mal mit 99,44 Prozent zum Staatspräsidenten gewählt. Bei den gleichzeitigen Parlamentswahlen errang die Regierungspartei RCD (Rassemblement Constitutionnel Démocratique) mit 91,58 Prozent 148 der 182 Sitze in der Nationalversammlung. Die restlichen 34 Sitze gingen per Wahlgesetz an die Oppositionsparteien. Staatspräsident Ben Ali regiert seit dem 7. November 1987 in Tunesien. Nach anfänglichen Liberalisierungsbestrebungen des politischen Systems herrscht seit 1992 Stagnation bei der Weiterentwicklung des politischen Systems. Aufgrund der islamistischen Unruhen der letzten Jahre erhöhte sich die Polizeistärke des kleinen Mittelmeerlandes auf rund 120 000 Mann. Den mangelhaften politischen Reformen steht eine gute wirtschaftliche Entwicklung gegenüber. Seit 1985 unterzieht sich Tunesien einem Strukturanzapfungsprogramm, unter der Bezeichnung „mise à niveau“. Mit der Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union 1995 bekam die Vorbereitung auf den Weltmarkt in den letzten Jahren zunehmend Dynamik.

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahl am 24. Oktober 1999 war die erste pluralistische Präsidentschaftswahl in der Geschichte Tunesiens. Während 1994 bereits Parlamentswahlen mit mehreren Parteien stattfanden, waren mehrere Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl bisher undenkbar. Die Oppositionsparteien wie auch die beiden Mitbewerber für das Amt des Staatspräsidenten waren bei den Wahlen chancenlos. Mangelnde Bekanntheit, mangelnde pro-

Zum dritten Mal wurde Zine El Abidine Ben Ali im Oktober 1999 mit nahezu 100 Prozent der Stimmen zum Staatspräsidenten Tunesiens gewählt, wenn gleich diesmal – ein Novum in der Landesgeschichte – auch andere Parteien neben dem hegemonialen RCD zugelassen waren. Jedoch stellte die Opposition in Form von sechs kleineren, finanzienschwachen und ineffizient strukturierten Linksparteien keine Gefahr f r Ben Ali dar, dessen Erfolg nicht nur seiner ‚amerikanischen‘ Wahlkampagne und der Omnipr senz des RCD zu danken ist, sondern auch der Konzeptlosigkeit und Zerstrittenheit seiner Herausforderer. Indes ist trotz des ‚totalitären‘ anmutenden Wahlergebnisses die Pr senz oppositioneller Parteien grundsätzlich positiv zu bewerten, zumal auch die Presse, wenn auch in leisen Tönen, die Vormachtstellung der Regierungspartei hinterfragte, deren politische Glaubwürdigkeit nun an der Einhaltung ihrer Wahlversprechen – Förderung von Demokratie und Pluralismus im Land – zu messen sein wird.

grammatische Profilierung, mangelnde Geschlossenheit der Opposition sowie die Dominanz des Präsidenten und der Hegemonialpartei RCD im öffentlichen Leben schlossen ein anderes Wahlergebnis aus. Die Mitbewerber für das Präsidentenamt Mohamed Belhaj Amor und Abderrahmane Tlili konnten angesichts der begrenzten Finanzmittel in den zwei Wochen der Wahlkampagne keine Popularität erreichen.

Die Wahlen waren von Anfang an als großer Demokratiebeweis angelegt. Der Staatspräsident und die Regierungspartei RCD unternahmen frühzeitig bereits alle erdenklichen Anstrengungen, um den Wahlkampf professionell vorzubereiten. Angesichts der Stellung des RCD als Hegemonialpartei in der Gesellschaft und in allen staatlichen Einrichtungen überraschte dieses Engagement den Beobachter.

■ Die Kandidaten

Kandidieren für die Präsidentschaft dürfen in Tunesien nur diejenigen Personen, die mindestens 40 Jahre und nicht älter als 70 Jahre alt sind. Die betreffenden Personen müssen Moslems sein und seit Geburt Tunesier. Ferner benötigen sie die Unterstützung von mindestens 30 Personen, die entweder Abgeordnete des Nationalparlamentes oder Vorsitzende einer Gemeindekammer sind. Ausgenommen von diesen Vorschriften sind lediglich Parteivorsitzende, die mindestens fünf Jahre im Amt sind. Von den sechs vorhandenen legalen Oppositionsparteien konnten nach diesen Vorgaben nur zwei einen Kandidaten ins Rennen schicken. Dies war einmal Mohamed Belhaj Amor vom PUP (Parti de l'Unité Populaire) und Abderrahmane Tlili vom UDU (Union Démocratique Unioniste). Anderen oppositionellen Kräften im oder außerhalb des Parlamentes war eine Teilnahme somit unmöglich.

Zu den Parlamentswahlen traten neben der Regierungspartei RCD sechs weitere Parteien an. Soweit überhaupt von einer programmatischen Ausrichtung gesprochen werden kann, definieren sich alle Parteien „links“ von der Mitte. Alle Oppositionsparteien verfügen, wenn überhaupt, nur über rudimentäre Parteistrukturen und kaum finanzielle Mittel.

■ Wahlrecht und Wahlmodus

Wahlberechtigt sind nur die Personen, die mindestens 20 Jahre alt sind und sich für die Wählerlisten haben registrieren lassen. Das passive Wahlrecht besteht mit 23 Jahren. Demnach waren für die Präsidentschaftswahl 3,2 Millionen Tunesier wahlberechtigt und für die Parlamentswahlen 3,5 Millionen. Gewählt wurde in 15 300 Wahllokalen in 25 Wahlkreisen. Insgesamt standen für die 182 Parlamentssitze 906 Kandidaten zur Auswahl. Je nach Bevölkerungszahl entsenden die Wahlkreise eine unterschiedliche Anzahl von Kandidaten ins Parlament. Das tunesische Wahlsystem ist eine Mischung aus Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht. Nach dem Mehrheitswahlrecht werden 80 Prozent des Parlamentes gewählt. Dies sind 148 Sitze von 182. Die restlichen 20 Prozent der Parlamentssitze sind den Oppositionsparteien per Gesetz garantiert. Diese 20 Prozent oder 34 Sitze werden nach dem Verhältniswahlrecht auf die Oppositionsparteien verteilt. Da aufgrund der politischen Rahmenbedingungen davon ausgegangen werden kann, daß die Regierungspartei alle 148 Mandate über das Mehrheitswahlrecht zieht, dient das Verhältniswahlrecht nur dazu, innerhalb der legalen Oppositionsparteien ein *Ranking* zu ermöglichen.

Jeder Kandidat für die Präsidentschaftswahl mußte 5000 tunesische Dinar (rund 7500 DM) hinterlegen, die er nur zurück erhält, wenn er mindestens fünf Prozent der Stimmen erlangt. Das erreichen eines Stimmenanteils von fünf Prozent war bereits vor der Wahl eine illusorische Vorstellung. Mangels Parteistruktur und Spendern mußten die Kandidaten diese finanzielle Hürde mit eigenem Geld überwinden. Ansonsten bekamen die Oppositionsparteien pro 1000 Wähler ca. 15 DM bezahlt. Die Hälfte gab es vor den Wahlen und die anderen 50 Prozent nach den Wahlen und dem Erreichen von fünf Prozent der Stimmen.

Für die tunesische Auslandsgemeinde gab es weltweit, besonders in Frankreich, rund 70 Wahllokale, die bereits einige Tage vor den Wahlen am 24. Oktober geöffnet waren.

Stichtag für die Einreichung der Kandidatenlisten der Parteien und der Bewerbungen für die Präsidentschaft war der 2. Oktober 1999. Der Wahlkampf be-

gann erst am 14. Oktober. Vor dem 14. Oktober war es den Kandidaten und Parteien verboten, über ihre Programme zu reden. Die Beschränkung des Wahlkampfes und der Werbung für die eigenen politischen Ideen verschaffte dem Amtsinhaber und der Regierungspartei einen großen Vorteil, da sie aus Regierungämtern heraus Möglichkeiten zur Darstellung ihrer Politik hatten.

■ Wahlbeobachtung und Wahl berwachung

Eine offizielle internationale Wahlbeobachtung gab es nicht. Um Zweifeln an dem regulärem Wahlablauf zu begegnen, wurde von Präsident Ben Ali ein Wahlbeobachtungsgremium eingesetzt. Die zehn Wahlbeobachter wurden vom Staatspräsidenten ernannt. Eine Bestätigung des Wahlergebnisses von internationalen Beobachtern gibt es somit nicht. Kommentare des Wahlobservatoriums, warum die der Opposition zugestandenen 20 Prozent der 182 Parlamentssitze 34 Sitze ergeben und nicht, wie mathematisch korrekt, 36 Sitze, gibt es nicht. Es gibt ebenfalls keine Hinweise vom Wahlobservatorium über das verwendete Verfahren zur Auszählung der Sitze bei der die Opposition betreffende Verhältniswahl für die 34 Mandate. Die üblichen in Deutschland angewendeten Verfahren führen zu anderen Sitzverteilungen der Oppositionsparteien.

■ Wahlkampfverlauf

Der eigentliche Wahlkampf dauerte nur zwei Wochen und wurde vor allem von der im amerikanischen Stil durchgeführten Wahlkampagne des Präsidenten und der Regierungspartei RCD beherrscht. Die Regierungspartei organisierte eine totale Mobilisierung im Lande, der sich keine Vereinigung oder Institution entziehen konnte. Insgesamt bekundeten rund 160 gesellschaftliche Organisationen ihre Unterstützung für Staatspräsident Ben Ali. Von den Gewerkschaften, dem Arbeitgeberverband bis zu Vereinigungen zur Verkehrssicherheit schalteten sich alle Gruppierungen zugunsten des Präsidenten in den Wahlkampf ein. Diese gesellschaftliche Mobilisierung, die bereits vor dem eigentlichen Wahlkampf anlief, ließ keinen Raum für die Oppositionsparteien, die weder über die personellen Ressourcen noch über die finanziellen Mög-

lichkeiten des RCD verfügten. Geschäfte, Taxis und öffentliche Gebäude waren mit Bildern des Präsidenten geschmückt und mit Landesfähnchen, die vor allem von der RCD zur Werbung benutzt wurden. Angesichts der Dominanz des RCD in allen Verwaltungen und anderen Einrichtungen war bei vielen Menschen ein Opportunismus feststellbar, sich auf die Seite des Siegers zu stellen.

Trotz der strukturellen Nachteile für die Mitbewerber bei der Präsidentschaftswahl konnten diese sich in Versammlungen, Wahlspots im Fernsehen, Plakaten und Interviews, die auch in der tunesischen Presse abgedruckt wurden, an die Wähler wenden. Diese Möglichkeiten der Darstellung der Präsidentschaftskandidaten und, in eingeschränkter Form, auch der Parteien war ein Novum in Tunesien. Erstmals machte die Bevölkerung ihre Erfahrungen mit unterschiedlichen Meinungen. Aussagen der Opposition machten auch deutlich, daß es in erster Linie nicht um die Machtfrage ging, die bei dieser Wahl nicht zur Debatte stand, sondern um die Möglichkeit, sich erstmals dem Wähler zu präsentieren.

Der Wahlkampf zwang die Oppositionsparteien deshalb auch, überhaupt Programm zu schreiben und sich Gedanken über Alternativen zu machen. Während dies bei den Präsidentschaftskandidaten ganz gut gelang, verstrickten sich die Parteien in Streitereien über Kandidatenlisten und Posten. Die Opposition bot deshalb ein Bild der Zerstrittenheit und des Chaos. Die Wechsel vieler Politiker von einer Partei zu anderen, wenn deren Listen bessere Aussichten boten, stärkte nicht gerade das Vertrauen der Bevölkerung in die Opposition. Dem RCD war es so ein leichtes, sich als Garant für Stabilität und zukunftsorientierte Politik zu präsentieren. Hinzu kam, daß die Presse die Listendebatte der Opposition genau verfolgte, während über vergleichbare Debatten beim RCD nichts geschrieben wurde.

Unter Wahlkampf wurde ein Nebeneinander der Meinungen verstanden. Von einer direkten Konfrontation und Kritik wurde abgesehen. Insgesamt war der Wahlkampf vom Konzept der Harmonie beherrscht, was wiederum der regierenden Partei nützte.

■ Präsidentschaftskandidaten

Zine el Abidine Ben Ali

Staatspräsident Ben Ali wurde am 3. September 1936 in Hammam-Sousse geboren. Seine Ausbildung erhielt er an der französischen Militärakademie St. Cyr sowie an weiteren französischen und amerikanischen Militärschulen. In den USA erfolgte dann eine Ausbildung zum Elektronikingenieur. Ben Ali war über zehn Jahre Direktor des militärischen Sicherheitsdienstes. In der Zeit von 1974 bis 1977 Militärattaché in Marokko. Ab 1978 war er Chef des zivilen Sicherheitsdienstes. Von 1980 bis 1984 sammelte Ben Ali als Botschafter in Warschau diplomatische Erfahrungen. Nach seiner Rückkehr nach Tunesien war er Staatssekretär und Minister für Sicherheit und später Innenminister. Im Oktober 1987 wurde er zum Premierminister ernannt. Nur einen Monat später setzte er den greisen Präsidenten Bourguiba aus gesundheitlichen Gründen ab. Wiederwahl zum Präsidenten am 20. März 1994 und am 31. Juli 1998 Bestätigung als Vorsitzender des RCD.

Belhadj Amor

Belhadj Amor ist 65 Jahre alt und im Ruhestand. Er blickt auf ein Leben zurück, in dem er insgesamt auch zwei Jahre aus politischen Gründen im Gefängnis war. Mit 18 Jahren gründete er die tunesische Studentengewerkschaft UGET (Union Générale des Etudiants Tunisiens), die damals links und systemkritisch war. Für Amor stellen die Wahlen eine pädagogische Übung dar.

Abderrahmane Tlili

Abderrahmane Tlili ist 56 Jahre alt und steht der Politik des Präsidenten sehr nahe. Tlili arbeitet in führender Position für die italienisch-tunesische Erdölfirma SITRIP und ist bisher nicht systemkritisch aufgetreten. Er stammt aus Gafsa im Süden des Landes. In den sechziger Jahren gehörte er der Neo-Destour Partei an, der Vorgängerpartei des heutigen RCD. Tlili ist in erster Linie ein Wirtschaftsfachmann.

■ Parteien zur Parlamentswahl

Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD)

Der RCD ist die alles beherrschende Hegemonialpartei im politischen System Tunisiens. Er wurde 1920 als Parti Libéral Constitutionnel Tunisien gegründet. Im Jahre 1934 kam es zur Umbenennung in Neo-Destour Partei, wobei Destour im Arabischen für Verfassung oder Grundgesetz steht. Mit der zunehmenden Durchsetzung von sozialistischen Ideen wurde die Partei 1964 in Parti Constitutionnel Socialiste umbenannt. Nach dem politischen Umbruch, der mit dem Übergang von Bourguiba zu Ben Ali am 7. November 1987 stattfand, wurde die Partei in Rassemblement Constitutionnel Démocratique umbenannt.

Der RCD verfügt über zwei Zentralorgane, die arabische Zeitung *Al-Horria* und die in französischer Sprache erscheinende Zeitung *Le Renouveau*. Im letzten Parlament verfügte der RCD über 144 der 163 Sitze. Auch bei den nächsten Wahlen wird die Opposition nicht mehr als die für sie festgelegten Sitze erhalten. Der RCD verfügt über keinerlei Probleme, die Kandidatenlisten für die 25 Wahlkreise aufzustellen. Rund 61 Prozent der Kandidaten auf den RCD-Listen haben keine Parlamentserfahrung. Ferner sind erstmals auch 20 Frauen unter den Kandidaten. Als Regierungspartei bietet der RCD zu allen gesellschaftlichen Problemen Lösungen an. Hierzu gehört auch das Bekenntnis, die Demokratisierung der Gesellschaft zu betreiben und den Pluralismus in der Gesellschaft zu stärken. Angesichts der starken Kontrolle und Zensur, die der RCD als Regierungspartei ausübt, sind dies bisher Lippenbekenntnisse. Während sich die Oppositionsparteien moderat auf Fragen der politischen Liberalisierung beziehen, ist der RCD als einzige Partei wirklich in der Lage, ein Regierungsprogramm vorzulegen. Angesichts der limitierten Möglichkeiten der anderen Parteien und der hegemonialen Stellung des RCD und des Präsidenten zwingt der RCD die Mitbewerber in einen unfairen Vergleich.

Zusätzlich zu den Massenorganisationen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverband, Jugend- und Frauenverband haben ca. 160 weitere Vereinigungen spe-

zielle Programme zur Unterstützung des Präsidenten und des RCD aufgestellt.

Mouvement des Démocrates Socialistes (MDS)

Der MDS ist seit dem 19. November 1983 als Partei zugelassen (Parteifarbe grün). Die Parteizeitung *Al Mostakbal* in arabischer Sprache erscheint seit geraumer Zeit nicht mehr. Generalsekretär (Vorsitzender) der Partei ist Ismail Boulahya. Der MDS erreichte 1994 bei den Parlamentswahlen die meisten Sitze im Oppositionslager. Insgesamt konnten neun der 19 für die Opposition reservierten Mandate errungen werden. Der MDS tritt in allen 25 Wahlkreisen an. Angesichts der rudimentären Parteistrukturen der tunesischen Opposition ist dies bereits eine Leistung. Der MDS stellt keine nennenswerte programmatische Alternative dar, wenn selbst Kandidaten der Partei, wie Taieb Mohsni, sagen, die Bilanz von Staatspräsident Ben Ali sei positiv und es falle schwer, kontroverse Themen zu finden.

Parti de l'Unité Populaire (PUP)

Der PUP, Parti de l'Unité Populaire, ist eine seit dem 19. November 1983 zugelassene Oppositionspartei (Parteifarbe grau), die 1981 gegründet wurde. Der Parteivorsitzende Belhadj Amor kandidierte auch für die Präsidentschaftswahl. Im Jahre 1977 war er, wie schon erwähnt, aufgrund seiner politischen Aktivitäten für zwei Jahre im Gefängnis. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen 1994 erreichte der PUP zwei Mandate der insgesamt 19 für die Opposition reservierten Sitze im Parlament. Die Zielrichtung des PUP ist mehr Transparenz, d.h. Demokratisierung der Gesellschaft, Ausgleich des regionalen Gefälles in der wirtschaftlichen Entwicklung Tunesiens sowie Kampf gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit. Der PUP spricht sich gegen eine bedingungslose Privatisierung aus. Vielmehr will er den öffentlichen Sektor reformieren, um ihn zu beleben. Ferner wird eine Reform der Verfassung angestrebt, welche die Rolle des Parlamentes stärken und einen Ausgleich zwischen Exekutive und Legislative herstellen soll. Die Amtszeit eines Präsidenten soll auf zehn Jahre begrenzt werden. Darüber hinaus ist die Bildung einer zweiten Parlamentskammer für die berufsständischen Vereinigungen geplant. Der PUP sieht seine

Wähler in der Arbeiterschaft. In der Realität handelt es sich aber, wie bei anderen Parteien auch, um einen intellektuellen Zirkel, der über kein wirkliches Wählermilieu verfügt. Die Partei tritt in 23 von 25 Wahlkreisen an. Dies sind sieben Wahlkreise mehr als bei der Parlamentswahl 1994.

Union Démocratique Unioniste (UDU)

Die Union Démocratique Unioniste des Präsidentschaftskandidaten Abderrahmane Tlili ist eine seit dem 30. November 1988 zugelassene Oppositionspartei (Parteifarbe braun). Bei der letzten Wahl gewann die UDU drei Mandate. Ihr Parteiorgan, die arabischsprachige Zeitung *El Watan*, erscheint seit einiger Zeit nicht mehr. Bei der Parlamentswahl trat die Partei in allen 25 Wahlkreisen an. Programmatisch setzte sich die Partei für mehr Pluralismus, Stärkung der Rolle der Frau und größere bürgerliche Freiheiten ein. Hierfür sollte ein Conseil supérieur des libertés eingerichtet werden. Ferner setzte man sich ohne Vorbehalte für eine Politik der Privatisierung ein, verknüpfte damit aber die Forderung nach Transparenz und Offenheit. Der UDU sprach so indirekt auch das Problem der Korruption an, ohne die herrschenden politischen Zirkel direkt anzugreifen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollte ein Arbeitsfond eingerichtet werden.

Rassemblement Socialiste Progressiste (RSP)

Der Rassemblement Socialiste Progressiste existiert seit dem 12. Dezember 1988. Er war bisher nicht im Parlament und versuchte nun erstmalig, sich einen der reservierten Plätze der Opposition zu sichern. Parteivorsitzender ist derzeit Ahmed Néjib Chebbi. Der Parteivorsitzende erklärte bei der Präsidentschaftswahl, für die der RSP keinen Kandidaten aufstellte, seine Option für Staatspräsident Ben Ali. Der RSP trat mit acht Listen zur Wahl an. Programmatische Aussagen, die über den Wunsch nach mehr Transparenz hinausgehen, wurden nicht bekannt.

Mouvement Ettajdid

Der Ettajdid ist aus der 1920 gegründeten Kommunistischen Partei Tunisiens hervorgegangen. Am 23. April 1993 wurde der Name Kommunistische Partei in Mouvement Ettajdid geändert. Der Ettajdid trat mit

18 Listen zur Wahl an. Im Wahlkampf dominierten vor allem Personalquereien statt politische Forderungen.

Parti Social Libéral (PSL)

Der PSL trat mit 20 Kandidatenlisten an, gegenüber vier bei der letzten Wahl. Bei der Präsidentschaftswahl unterstützte die Partei Staatspräsident Ben Ali. In der kurzen Wahlkampagne vom 10. bis 24. Oktober führte sie keine öffentliche Wahlveranstaltung durch.

■ Ergebnis der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen

Präidentschaftswahlen

	Prozent	Stimmen bzw. Wähler
Ben Ali	99,44	(3 269 067 Stimmen)
Mohamed Bel Haj Amor	0,31	(10 492 Stimmen)
Abderrahmane Tlili	0,23	(7 662 Stimmen)
Eingetragene Wähler (mit Auslandstunesiern)		3 605 942
effektiv gewählt haben		3 296 020
ungültige Stimmzettel		8 799
ausgezählte Stimmen		3 287 221
Wahlbeteiligung	91,40	
Zahl der gültigen Stimmen aus dem Ausland		194 680
Wahlbeteiligung der Auslandstunesier	89,70	
davon Stimmen für Ben Ali	98,01	
für Belhaj Amor	0,99	
für Tlili	0,98	

Parlamentswahlen

	Prozent	Stimmen bzw. Wähler
Eingetragene Wähler (ohne Auslandstunesier)		3 387 542 ¹⁾
effektiv gewählt haben		3 100 098
ungültige Stimmzettel		9 036
Wahlbeteiligung	91,51	
höchste Wahlbeteiligung	98,75	in Tozeur
niedrigste Wahlbeteiligung	87,63	in Nabeul

1) 1994: 2,976 Millionen;
+13,81 Prozent.

Partei	Listen	Stimmen 1999	in %	Zuwachs %	Mandate	Stimmen 1994	in %
RCD	25	2 831 030	91,59	2,25	148	(144)	2 768 667
MDS	25	98 550	3,18	+221	13	(10)	30 660
PUP	23	52 054	1,68	+520	7	(2)	8 391
UDU	25	52 612	1,70	+474	7	(3)	9 152
Ettajidid	18	32 220	1,04	+185	5	(4)	11 299
PSL	20	15 024	0,48	+694	2	(0)	1 892
RSP	08	5 835	0,18	+233	0	(0)	1 749
Unabh.	10	3 738		+252	0	(0)	1 061
Gesamt		3 091 162				2 832 871	

■ Analyse des Wahlergebnisses

Am 24. Oktober erlebte Tunesien zum ersten Mal, daß bei einer Präsidentschaftswahl Mitbewerber zugelassen wurden. Erstmals wurde das absolute Meinungsmonopol des Präsidenten mit offizieller Genehmigung in Frage gestellt. Die Mitbewerber bewegten sich zwar in klar vorgegebenen Bahnen und machten sich über ihre Möglichkeiten keine Illusionen, aber die Tunesier konnten erstmals, zwar moderat vorge tragen, unterschiedliche Meinungen in der tunesischen Presse lesen. Trotz vieler Kritik, wie sie beispielsweise die französische und deutschsprachige Presse an den Wahlen übte²⁾, ist die Bedeutung der Wahlen vom 24. Oktober für die zukünftige Liberalisierung des politischen Systems von größerem Gewicht, als die kritische Berichterstattung wahrhaben will. Mit der Zulassung von Gegenkandidaten bei der Präsidentschaftswahl hat der Staatspräsident selbst einen Präzedenzfall geschaffen, der ohne Glaubwürdigkeitsverlust nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Möglicherweise wurde dadurch eine politische Entwicklung in Gang gesetzt, über die sich die herrschende politische Klasse selbst nicht im klaren ist. Trotz dieser Anmerkungen zur europäischen Berichterstattung verwundert die insbesondere von französischen Politikern betriebene Medienschelte.³⁾ Zukünftig gibt es keine Garantie, daß die handzahme Opposition programmatisch und personell ohne Alternative bleibt. Insbesondere wenn die sozioökonomischen Rahmenbedingungen sich verschlechtern und die Hegemonialpartei RCD nicht mehr in ausreichendem Maße in der Lage ist, durch Postenverteilung politisch aktive Personen „aufzusaugen“, könnte es für politische Köpfe interessant werden, sich im Rahmen der Opposition zu engagieren und zu testen, wieweit man als legale Opposition gehen kann. Ferner stellt sich die Frage, ob auf Dauer eine islamisch motivierte Politik, die sich auch organisiert, verhindert werden kann. Hier dürfte die Entwicklung im Nachbarland Algerien von großer Bedeutung sein. Eine friedliche Entwicklung in Algerien mit staatstreuen islamischen Parteien im Parlament oder gar der Regierung stellt auch die politische Klasse in Tunesien vor eine neue Diskussion. Der

- 2) S. z.B. „Keine echten Gegner für Ben Ali“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 22. 10. 1999; „Pluralistische‘ 99-Prozent-Wahl in Tunesien“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 26. 10. 1999; «Le président Ben Ali plébiscité en Tunisie avec 99,44 Prozent des voix», in: *Le Monde*, 27. 10. 1999.
- 3) S. z.B. „Je déplore la légèreté, la superficialité, l'injustice avec lesquelles la Tunisie a été traitée“ (Berichterstattung über die Pressekonferenz von Philippe Séguin), in: *La Presse*, 25. 10. 1999; Philippe Séguin, „Choqué et ulcéré par la campagne de dénigrement par certains médias français contre la Tunisie“, in: *Le Temps*, 25. 10. 1999; „Il existe un très fort consensus autour de la politique menée par le Président Ben Ali“ (Erklärung des ehemaligen französischen Botschafters in Tunesien), in: *La Presse*, 29. 10. 1999.

Hinweis auf Terror und Tod im Nachbarland verliert dann an Glaubwürdigkeit.

Daß Tunesien trotz aller säkularer Entwicklung und der Zerschlagung der islamistischen Bewegung Anfang der neunziger Jahre immer noch ein Potential für islamische und vielleicht auch für islamistische Gruppen hat, läßt sich aus folgenden Beobachtungen indirekt erschließen: Die größere Beachtung der Religion durch Staatspräsident Ben Ali im Vergleich zur Zeit Bourguibas, dokumentiert durch den Bau vieler neuer Moscheen, die Herausgabe der ersten tunesischen Koranausgabe, dem bewußten öffentlichen Zelebrieren religiöser Feiertage und dem Verzicht auf gesellschaftliche Reformen, die eine weitere Säkularisierung mit sich bringen würden. In bezug auf gesellschaftliche Säkularisierung ist Tunesien im wesentlichen auf dem Niveau Bourguibas geblieben. Dem widerspricht nur zum Teil die starke Europaorientierung Tunisiens im Wirtschaftsbereich, wie durch Strukturanpassungsprogramme und Assoziierungsabkommen dokumentiert wird.

Die Bewertung der tunesischen Wahlen als Marketingveranstaltung verkennt, daß auch symbolische Handlungen in der Politik Wirkungen hervorrufen. Erst die nächsten Jahre werden zeigen, wie die Wahlen vom 24. Oktober 1999 angemessen zu bewerten sind.

Das Manuskript wurde am 22. November 1999 abgeschlossen.